

Annette Schavan

Ambassador of the Federal Republic of Germany to the Holy See

Voraussetzungen zur Verständigung von Religionen

Dem Päpstlichen Institut für arabische und islamische Studien gratuliere ich herzlich zum 50jährigen Bestehen. Das Institut leistet einen wertvollen Beitrag zum christlich-muslimischen Dialog. Die internationale Veranstaltung, die wir heute eröffnen, ist ein Beispiel dafür. Ich wünsche allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Instituts Erfolg für ihre Arbeit im Dienste der Verständigung und damit auch des Friedens zwischen den Religionen.

Zugleich danke ich der „Congregation for Catholic Education“, der Georgetown University und PISAI für die Initiative zu dieser internationalen Veranstaltung. Sie ist verbunden mit dem Anliegen, den wichtigen Beitrag von Bildung und Wissenschaft für die Verständigung der Religionen zu besprechen und Impulse für den Dialog zwischen dem Islam und dem Christentum zu setzen.

In meinen „words of welcome“ möchte ich auf einige Voraussetzungen für die Verständigung von Religionen in modernen Gesellschaften eingehen.

1. Religion im öffentlichen Raum ernst nehmen

Sie ist ein Grund der Hoffnung von Menschen und Quelle von Grundhaltungen und Werten. Sie ist ein Teil des kulturellen Gedächtnisses und damit verbundener Bilder und Deutungsmuster. Ernsthaftigkeit im Umgang mit Religion im öffentlichen Raum ist nicht selbstverständlich. In der Beschreibung moderner Gesellschaften wird oft gesagt: Fortschritt verdrängt Religion. Das Neue ist relevant, Tradition verblasst. Wer so redet, unterschätzt die Bedeutung von religiösen Überzeugungen der Bürgerinnen und Bürger, die die kulturelle Entwicklung von Gesellschaften, auch modernen Gesellschaften, prägen. Es entsteht der Eindruck, dass Modernität allein durch Wissenschaft geprägt ist, und deren Deutungsmuster der Wirklichkeit an die Stelle religiöser Deutungen treten. So wird eine wachsende Bedeutungslosigkeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften angenommen. Eine solche Analyse wirkt heute überholt, zumindest aber verkürzt. Sie mag regional stimmen, nicht aber global. Wir spüren im globalen Kontext, dass Religion an Relevanz gewinnt. Sie ist präsent auf der Bühne der Zeitgeschichte. Politik kann nicht gleichgültig bleiben

gegenüber den religiösen Überzeugungen der Bürgerinnen und Bürger. Das gilt umso mehr in Gesellschaften, die religiös zunehmend pluraler werden.

Religionsfreiheit ist ein hohes Gut. Sie zu schützen, gehört zu den Pflichten des Staates. Interesse an Religion und zunehmend religiöser Vielfalt zeichnet die religionsfreundliche Gesellschaft aus. Sie muss ihrerseits das Interesse der Religionen an den zivilisatorischen Standards erwarten. In der religiös-pluralen modernen Gesellschaft ist der Dialog der Religionen und ein wachsendes Verständnis für die Religion des anderen Voraussetzung für das friedliche Miteinander der Religionen.

2. **Religion muss reflektiert werden**

Dialogfähigkeit setzt voraus, in der eigenen Religion heimisch zu sein und religiöse Bildung zu erfahren, die Reflexion ermöglicht und verhindert, die eigenen Überzeugungen absolut zu setzen. Reflexion kann helfen, jene Grundhaltung zu entwickeln, die Papst Johannes Paul II. beim Friedensgebet 1986 in Assisi so formuliert hat: „Mit dem anderen glaubenden Menschen sind wir mitpilgernde Schwestern und Brüder; wir alle befinden uns auf dem Weg zu dem Ziel, das uns Gott bereitet.“ Unsere öffentlichen Debatten über Integration sind immer auch Debatten über Religion. Wer Integration ermöglichen will, kann Religion nicht übersehen. Einem Menschen zu sagen: „Werde hier heimisch, lasse aber deine Religion nicht zu sehr erkennen“, fördert die religiöse Entwurzelung. Sie ist respektlos gegenüber diesen Menschen, ignorant gegenüber der Religion und der Bedeutung, die Religion für den Menschen hat. Deshalb ist der Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen so wichtig. In Deutschland gibt es seit einigen Jahren Bemühungen, neben dem katholischen, dem evangelischen und dem jüdischen Religionsunterricht auch islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen einzuführen. Kinder und Jugendliche, die in Deutschland leben und aus einem anderen kulturellen und religiösen Kontext kommen, als der jüdischen oder christlichen Tradition, die eine kulturprägende Bedeutung in Deutschland und in Europa haben, sie brauchen die Chance zu religiöser Bildung. Das gehört zur öffentlichen Verantwortung. Wir dürfen sie nicht denjenigen überlassen, die Religion für kulturelle Abgrenzung instrumentalisieren. Dann kann Integration nicht gelingen.

3. **Religion braucht die wissenschaftliche Reflexion**

Die Tradition der theologischen Fakultäten an Universitäten gehört zur Geschichte Europas. Die Frage nach Gott im Haus der Wissenschaft ermöglicht Klärung und Aufklärung. Vor wenigen Jahren haben wir in Deutschland neben den Instituten für Islamwissenschaften vier Zentren für islamische Theologie an Universitäten gegründet. (Münster/Osnabrück, Frankfurt, Erlangen-Nürnberg und Tübingen). Seit den 70er Jahren gibt es in Heidelberg die Hochschule für jüdische Studien und seit kurzem in Berlin-Brandenburg ein Zentrum für jüdische Studien. Europa könnte und sollte der Kontinent einer besonders intensiven wissenschaftlichen Reflexion der

Religionen sein. Die Erfahrungen, die Theologien über die Jahrhunderte in Europa und Deutschland gemacht haben, und die Standards wissenschaftlichen Arbeitens bieten eine gute Grundlage für den Weg des Dialogs der abrahamischen Religionen. Die Wissenschaft ist Teil des öffentlichen Raumes und ermöglicht Klärung und Aufklärung als Teil des Dialoges.

4. **Politik und Religion müssen unterschieden werden**

Zu den kulturellen Errungenschaften Europas gehört die Trennung von Staat und Kirche, Politik und Religion. Der deutsche Rechtsphilosoph (und frühere Bundesverfassungsrichter) Ernst Wolfgang Böckenförde hat den doppelten Emanzipationsprozess beschrieben: „die Emanzipation des Staates von der Rolle des Wächters einer bestimmten Religion und die Emanzipation der Religion vom Staat“. Der historische Hintergrund dafür waren die schlimmen Erfahrungen mit den andauernden konfessionellen Bürgerkriegen des 16. und 17. Jahrhunderts in Europa. Sie führten zu der Einsicht, dass Wege zum friedlichen Zusammenleben notwendig sind. Mit der doppelten Emanzipation war das Fundament gelegt, für den Weg hin zum freiheitlich, säkularisierten Staat und zu bürgerlichen Toleranz. Fortan gilt für das Verhältnis zwischen Staat und Religion und im Verhältnis der Religionen zueinander die Toleranzpflicht (Moses Mendelssohn). Der Staat versteht sich nicht mehr als Urteilsinstanz über die rechte Ausübung der Religion. Das ist heute ein Schlüsselthema im Gespräch mit dem Islam, staatliches Recht nicht für die Durchsetzung von Glaubensüberzeugungen in Anspruch zu nehmen. Es ist wiederum Ernst Wolfgang Böckenförde, der darauf hingewiesen hat, dass die Wertüberzeugungen der Bürgerinnen und Bürger zu den Grundlagen gehören, die nicht der Staat garantieren kann, für die er gleichwohl Interesse zeigen muss. Es sind diese Wertüberzeugungen und Grundhaltungen, die den kulturellen Zusammenhalt des Gemeinwesens prägen. In Zeiten zunehmender religiöser Vielfalt ist der Dialog über Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Überzeugungen der Anhänger verschiedener Religionen eine anspruchsvolle Aufgabe zur Stärkung von wechselseitigem Verständnis und Toleranz.

5. **Der Dialog der Religionen braucht Respekt und Demut im Umgang miteinander.**

Ein friedliches Miteinander der Religionen ist nur möglich, wenn zivilisatorische Standards akzeptiert werden: Respekt vor jedem Menschen, Achtung der Menschenwürde und der Grundrechte, die Überzeugung, dass die Religion den Staat und der Staat die Religion nicht für seine Zwecke in Anspruch nehmen darf. Es sind grundlegende Einsichten, die Freiheit ermöglichen, die Frieden stiften, die der Toleranz ein Fundament geben. Es sind Überzeugungen, die notwendig sind, damit Religion im öffentlichen Raum diesen Raum nicht zerstört, den Raum des Öffentlichen, den Raum der verschiedenen Freiheiten. In einigen Städten in Deutschland existiert ein Rat der Religionen, der sich als Forum versteht, in dem

über die Angelegenheiten der Religionen, über Gemeinsamkeiten und Verschiedenheiten gesprochen wird. Hier gilt: Kritik ist Teil der intellektuellen Kultur im Dialog der Religionen. Kritik hilft, Respekt einzuüben. Respekt und Demut sind Voraussetzungen dafür, dass Religionen in modernen Stadtgesellschaften dazu beitragen, Frieden und Freiheit zu ermöglichen.

Im Mittelpunkt dieser Konferenz wird der Beitrag von Erziehung und Bildung zum Verständnis der Religion der anderen stehen. Religiöse Bildung ist Teil allgemeiner Bildung. Sie erschließt Welten jenseits von Technokratie und Materialismus. Sie hilft zum Verständnis dessen, was uns und dem anderen heilig ist. Von dieser Konferenz können wichtige Impulse ausgehen für eine Erziehung und Bildung, die religiöse Pluralität ermöglicht, den anderen respektiert und den Wert von Religion in der modernen Welt erkennt.

Papst Johannes Paul II. hat 1998 in Havanna zum Verhältnis von Staat und Religion gesagt: „In diesem Zusammenhang sollte man auch daran erinnern, dass ein moderner Staat aus dem Atheismus oder der Religion kein politisches Konzept machen darf. Der Staat muss, fern von allem Fanatismus und extremen Säkularismus, ein ruhiges soziales Klima und eine adäquate Gesetzgebung fördern, so dass es jeder Person und jeder Religionsgemeinschaft möglich ist, frei ihren Glauben zu leben und ihn auch im öffentlichen Leben auszuüben. Sie sollen auf genügend Mittel und Freiraum zählen können, um durch ihren spirituellen, moralischen und zivilen Reichtum zur Lebensweise des jeweiligen Landes beizutragen.“

In diesem Sinne wünsche ich dieser internationalen Konferenz Debatten und Impulse, die dem Dialog der Religionen und damit dem Frieden zwischen den Religionen dienen.